

Waldsterben und Luftverschmutzung

Dr. Günther Horzetzky, geb. 1951 in Hamburg, ist seit 1981 Mitarbeiter des Vorsitzenden der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) und seit 1983 in der Hauptverwaltung auch für den Agrarbereich verantwortlich.

„Wer vor einigen Jahren gegen Umweltzerstörung, gegen das Waldsterben und ähnliche Bedrohungen unserer Lebensgrundlagen energisch zu Felde zog, befand sich in einer so gut wie hoffnungslosen Außenseiterposition. Ein solches Engagement galt in der politischen Landschaft als ‚grüne Spinnerei‘: nicht ernstgenommen und im besten Falle mitleidig belächelt“.¹

Diese umweltpolitische Zustandsbeschreibung eines Kommentars in der Tagespresse wirkt wie Vergangenheitsbewältigung. Die Umweltpolitik ist heute einer der wichtigsten Bereiche der innenpolitischen Auseinandersetzung, und kein anderes Thema hat die Umweltdiskussion so bestimmt wie der Komplex „Luftverschmutzung und Waldsterben“. Abgestorbene Bäume haben ein Umweltbewußtsein bei breiten Schichten der Bevölkerung geschaffen. Was selbst GLOBAL 2000 nicht vermochte, das hat das Waldsterben bewirkt. Dafür gibt es gute Gründe. Die Schadenswirkung von Immissionen läßt sich nirgendwo problemloser und anschaulicher nachweisen und auch vom Laien erkennen als eben im Wald. Und noch nie konnte eine ökologische Katastrophe, als die sich das Waldsterben zu erweisen scheint, auf eine ebenso eingängige wie Betroffenheit provozierende Formel gebracht werden: „Erst stirbt der Wald - dann stirbt der Mensch!“

Das Waldsterben ist damit auch weitaus mehr als das Dahinsiechen des deutschen Märchenhains, es ist zu einer symbolischen Grundsatzfrage über den Umgang mit den natürlichen Ressourcen und unseren Lebensgrundlagen avanciert. Insofern hat das Waldsterben exemplarischen Wert.

Aber darüber hinaus ist es ein Problem für sich, das zwar alle Kontroversen jeder umweltpolitischen Diskussion entzündet, das aber vor allem immer noch auf eine verlässliche Lösung wartet.

¹ Ziegler, G., Noch mehr Grundrechte?, in: Frankfurter Rundschau vom 25. Februar 1984, S. 3

Lebensgrundlage „Wald“

Wer das Desaster des Waldsterbens richtig einschätzen möchte, muß sich die Bedeutung der bewaldeten Flächen als eine der wichtigsten Lebensgrundlagen vor Augen führen. Der Wald ist ja nicht nur Erholungsgebiet, das in der Nähe von Ballungsräumen dem Arbeitnehmer Naturerleben und „Abschalten“ ermöglicht. Auch in dieser Funktion hat er eine gesellschaftspolitische Bedeutung für die Gewerkschaften. Ebenso bedeutsam ist der Wald für den Grundwasserspiegel und damit für die Wasserwirtschaft. Im Wurzelraum der Bäume wird Niederschlag gehalten; das Wasser wird gereinigt und gespeichert. Der Wald filtert die Luft; das Chlorophyll der Blätter verarbeitet Kohlendioxid unter anderem zu Sauerstoff, der an die Umgebung abgegeben wird. Ohne diesen als Photosynthese bezeichneten Stoffwechselfvorgang der Pflanzen und damit die Sauerstoffproduktion ist Leben schlechterdings nicht denkbar. Darüber hinaus hat der Wald wichtige Klimafunktionen, die im einzelnen hier nicht weiter erörtert werden sollen; es mag der Hinweis auf die Befürchtungen von Meteorologen genügen, daß die gigantischen Abholzaktionen im brasilianischen Amazonasgebiet zu globalen Klimaveränderungen führen werden. Man muß nicht so weit reisen, um bei einem Waldsterben in unseren Breiten erhebliche Klimaveränderungen zu erfahren.

Diese Einzelhinweise auf bestimmte Wohlfahrtswirkungen des Waldes dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß seine Gefährdung die Gefährdung eines der wichtigsten Ökosysteme insgesamt bedeutet. Eine Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten ist in ihrer Existenz vom funktionierenden „Kreislaufsystem“ Wald abhängig. Alle Naturschutzbemühungen wären zum Scheitern verurteilt, wenn es nicht gelänge, den Wald als Ökosystem zu erhalten. Und schließlich: Der Wald bietet Arbeitsplätze - nicht nur in der Forstwirtschaft, sondern zum Beispiel auch in der Holz- und Papierindustrie. Weniger Wald bedeutet längerfristig auch weniger Arbeitsplätze. Aber auch für die Gewerkschaften ist das in diesem Zusammenhang eines der geringsten Probleme.

Die Bundesrepublik ist trotz ihrer fortgeschrittenen Industrialisierung ein sehr waldreiches Land; knapp ein Drittel des Bundesgebietes ist von Wäldern bedeckt - etwa 7,3 Mio. Hektar, die sich Jahr für Jahr um einige hundert Hektar ausweiten.

All dies ist nun in Gefahr geraten. Das Waldsterben, das Ausmaß und die Geschwindigkeit, mit der sich dieses Phänomen nachgewiesenermaßen ausbreitet, hat es sogar vermocht, die politischen Kräfte in diesem unserem Land zum Handeln zu veranlassen.

Das Phänomen „Waldsterben“

Das Waldsterben ist nicht von jenen entdeckt und an die Öffentlichkeit gebracht worden, die alltäglich mit Wald umgehen. Es waren Umweltschutzverbände, die Alarm schlugen. Noch 1981 hieß es in einer amtlichen Quelle, von einem Nadelbaumsterben in Baden-Württemberg könne keine Rede sein. Aber anders als zum Beispiel bei den nicht unmittelbar nachprüfbar Mülldeponieskandalen läßt sich das Waldsterben auf Dauer nicht vertuschen. Die kränkelnde Fichte, mit ihren Verlichtungen an der Spitze, kann kurze Zeit später mit dem typischen Lamettaeffekt (die kleinen Äste hängen schlaff von den Hauptästen herab) und mit starkem Nadelverlust erneut besichtigt werden. Und spätestens der absterbende Baum, an dem nur noch der jüngste Nadeljahrgang vorhanden ist und an dem Nottriebe auf den endgültigen Tod hindeuten, hat dann amtliche Beschönigungen widerlegt. Die Kennzeichen des Waldsterbens ändern sich von Baumart zu Baumart. Waren es zunächst nur Nadelbäume, bei denen Schäden festgestellt werden mußten, lassen sich mittlerweile typische Schadbilder auch bei Laubbäumen feststellen.

Tatsächlich handelt es sich um ein Waldsterben auf breiter Front. Die Waldschadenerhebung der Bundesregierung aus dem Jahr 1983 zeigte, daß etwa ein Drittel der deutschen Waldfläche (ca. 2,5 Mio. Hektar) Schäden aufweisen. Gegenüber 1982 hatte sich damit die Schadenfläche *vervierfacht*. Nach Baumarten unterschieden ergaben sich zum Teil noch bedrohlichere Ergebnisse. So ist die Tanne fast vom Aussterben bedroht. 76 Prozent der Tannenflächen sind geschädigt, bei Kiefer und Fichte ergaben sich Schadflächenanteile von 41 bzw. 43 Prozent, bei Buche und Eiche um 26 bzw. 15 Prozent.²

Der Wald stirbt. Das ist heute nicht mehr zu leugnen - auch wenn es die Bundesregierung vorzieht, von „neuartigen Waldschäden“ anstatt vom Waldsterben zu sprechen. Es mag neutraler, wenn nicht sogar beschönigend klingen. Am Sachverhalt ändern auch Sprachregelungen nichts. Manche sagen, der Wald wird umgebracht. Und auch das Mordwerkzeug ist weitgehend identifiziert: die Luftverunreinigung.

Hauptursache: die Luftverschmutzung

In dem Bericht des Bundesministers für Forschung und Technologie an den gleichnamigen Ausschuß des Bundestages „Zum Stand der Erforschung der Waldschäden“³ wird ebenso knapp wie eindeutig festgestellt, „daß anthropo-

² Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Neuartige Waldschäden in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, o.D., (1983), S. 4f

³ Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bericht zum Stand der Erforschung der Waldschäden, Bonn, den 3. Oktober 1983, S. 3

gene Luftverunreinigungen als die wichtigste Krankheitsursache betrachtet werden müssen (...)"• Bei diesen „anthropogenen“, sprich vom Menschen verursachten Luftverschmutzungen, handelt es sich im wesentlichen um solche durch Schwefeldioxid (SO₂), Stickoxide, Schwermetalle und Photooxidantien.

Besonders die Schwefeldioxid-Emissionen der Kraftwerke und Fernheizwerke gerieten in das Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik. Ihr Anteil am Ferntransport von SO₂ erhöhte sich von 42 Prozent im Jahre 1966 auf etwa 60 Prozent im Jahre 1980. Vor allem der Ferntransport von Luftverunreinigungen wird für das Waldsterben verantwortlich gemacht, weil sich die ersten Schadenssymptome an Bäumen in Höhenlagen feststellen ließen.

Die übrige Industrie ist mit etwa 30 Prozent, private Haushalte, Kleinverbraucher und der Verkehr sind mit ca. 10 Prozent an den SO₂-Emissionen beteiligt. Insgesamt werden jährlich etwa 3,6 Mio. Tonnen Schwefeldioxid allein in der Bundesrepublik ausgestoßen.

Die Stickstoffoxid-Verunreinigungen der Luft sind schwerpunktmäßig auf den Auto-Verkehr zurückzuführen - er trägt zu etwa 45 Prozent zu den NO₂-Emissionen bei. Kraftwerke und Fernheizungen sowie der Bereich Industrie-feuerungen folgen mit 31 bzw. 19 Prozent. Diese Emissionen haben in den letzten Jahren zugenommen; dafür lassen sich die Zunahme des Kfz-Verkehrs, die erhöhte Verdichtung in den Motoren und die Zunahme der Verbrennung fossiler Brennstoffe mit erhöhter Verbrennungstemperatur und neuartige Feuerungsverfahren verantwortlich machen.

Über die Emissionen von Schwermetallen liegen zur Zeit nur unvollständige Daten vor. Sicher ist allerdings, daß etwa 75 Prozent der Bleiemissionen auf den Kfz-Verkehr zurückgeführt werden müssen. Hauptemittent von organischen Verbindungen ist im übrigen ebenfalls der Verkehr mit 37 Prozent, gefolgt vom Bereich Haushalte und Kleinverbrauch.⁴

Jede dieser hier nur quantitativ dargestellten Luftverunreinigungsgruppen kann für sich genommen erhebliche Baumschäden verursachen. So hemmen beispielsweise SO₂-Immissionen und ihre Umwandlungsprodukte die Regulation des Wasserhaushaltes des Baumes, stören die Sauerstoff-Aufnahme und -Bindung, schädigen Zellmembranen und das Chlorophyll und beeinträchtigen das Enzymsystem. Die Folgen reichen von der raschen Alterung und einer verminderten Widerstandskraft gegen Schädlinge über geringe Zuwachsverluste eines Baumes bis hin zum weitflächigen Waldsterben.

⁴ Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Kurzfassung des Sondergutachtens „Waldschäden und Luftverunreinigungen“, Bonn 1984, S. 4 ff

Ähnliche Wirkungen lassen sich für Stickoxide (NO_x) nachweisen, auch wenn ihre schädigenden Effekte insbesondere in der Verstärkung der SO₂-Einwirkungen und in der Entstehung von sogenannten Photooxidantien zu suchen sind. Photooxidantien sind vor allem Ozon (O₃) und das sogenannte PAN (Peroxyazetylnitrat), die bei chemischen Reaktionen aus Stickoxiden, Kohlenwasserstoffen und dem Sonnenlicht entstehen und die Stoffwechselfvorgänge in der Pflanze nachhaltig behindern.

In Regen oder Nebel entstehen aus SO₂ und NO_x Säuren - der berühmte „saure Regen“. Im Waldboden werden von ihm nicht nur Mikroorganismen und die Feinwurzeln der Bäume abgetötet, sondern es werden auch Schwermetalle gelöst und damit für die Wurzeln der Bäume verfügbar gemacht, die dann - um es humanmedizinisch zu formulieren - an Schwermetallvergiftung sterben. E. Koch und F. Vahrenholt⁵ berichten von einer Untersuchung des Bayerischen Geologischen Landesamtes, nach der sich der pH-Wert⁶ des Waldbodens von 1953 bis 1982 auf bis zu 1,8 Punkte abgesenkt hat - das entspricht fast einer Verhundertfachung des Säuregrades. Da sich der pH-Wert des Regens seit Jahrzehnten nicht mehr verändert haben soll, ist diese dramatische Versauerung des Waldbodens nur über Anreicherungs- und Langzeitwirkungen der Immissionen zu erklären.

Es muß als unbestritten gelten, daß die hier aufgezählten Luftverunreinigungen einzeln oder in Kombinationswirkung die Hauptursachen für das Waldsterben darstellen. Aber es darf ebensowenig übersehen werden, daß die Wirkungszusammenhänge dieser Immissionen bisher nicht im Sinne von Kausalketten bis ins einzelne bekannt sind. Auch andere Ursachen für das Waldsterben sollten intensiv untersucht werden. In Einzelfällen kann durchaus eine falsche waldbauliche Maßnahme oder die Absenkung des Grundwasserspiegels für Waldschäden verantwortlich sein. Und selbstkritisch sollte insbesondere die Forstwissenschaft zugestehen, daß sie im Hinblick auf phytomedizinische Erkenntnisse de facto ein geistiges Entwicklungsland darstellt, wenn man z. B. einen entsprechenden Vergleich mit den Agrarwissenschaften anstellt.

Dieser mahnende Hinweis auf die unübersehbaren wissenschaftlichen Kenntnislücken über Ursachenzusammenhänge beim Waldsterben darf sicherlich nicht als Argument gegen eine entschiedeneren Vorsorgepolitik zur Luftreinhaltung mißbraucht werden. Luftreinhaltung ist unverzichtbarer denn je, doch wäre es um die Durchsetzungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der vielfältigen Aktivitäten gegen das Waldsterben noch besser bestellt, wenn gründlichere wissenschaftliche Entscheidungsdaten vorlägen.

⁵ Koch, E.R./Vahrenholt, F., Die Lage der Nation, Hamburg 1983, S. 48

⁶ Der pH-Wert ist ein Maßstab für den Säuregrad; pH 7 ist neutral, je kleiner der Wert, um so saurer ist das Milieu

Die ökonomischen Schäden

Die Zerstörung des Ökosystems „Wald“ ist an sich schon nicht hinnehmbar. Anders als bei anderen, vor allem lokalen Ökosystemen gibt es keinen Erwägungsspielraum, weil eine der entscheidendsten Lebensgrundlagen auf dem Spiele steht. Insofern spielen Verweise auf die ökonomischen Folgen des Waldsterbens und seiner Hauptursache - der Luftverunreinigung - nur eine untergeordnete Rolle. Dennoch dürfen Angaben über wirtschaftliche Verluste in einer Argumentation für die Bekämpfung der Luftverschmutzung nicht fehlen. Sie haben häufig immer noch die größte Überzeugungskraft.

So schätzt der Verband Deutscher Waldbesitzer die Verluste der Waldwirtschaft auf bis zu 700 Mio DM pro Jahr. Hochrechnungen von Experten der Gewerkschaft GLF- die im Beschluß des DGB-Bundesvorstandes „Waldsterben und Luftverunreinigung“ wiedergegeben sind^{7a} - gehen von Gesamtschäden in Höhe von 15 bis 20 Mrd DM aus. Allein diese Größenordnungen lassen es auch volkswirtschaftlich als sinnvoll erscheinen, mit großem Nachdruck die Verringerung der Luftverschmutzung zu betreiben. Das gilt umso mehr, als Luftverunreinigungen nicht nur Bäume schädigen. Die Gesundheitsrisiken, die sich aus Belastungen der Luft durch Schwefeldioxid, Stickoxiden, Staub und Rußeinwirkungen ergeben, sind zwar noch weitgehend unerforscht, dürften aber erheblich sein. Über die Gebäudeschädigungen liegen interessanterweise genauere Angaben vor. Sie belaufen sich auf bis zu 1,5 Mrd DM pro Jahr.

Zum Stand der Aktivitäten gegen das Waldsterben

In der Umweltpolitik ist seit der Popularisierung dieser ökologischen Katastrophe buchstäblich alles möglich. Die umweltpolitischen Oberbremsen von einst haben es verstanden, ihre politischen Gegner mit Aktionismus zu überraschen und ihre Freunde mit Ankündigungen über neue gesetzliche Auflagen weitgehend zu erschrecken. Tatsächlich hatte die sozial-liberale Koalition Novellen für die Großfeuerungsanlagen-Verordnung und die Technische Anleitung (TA) Luft vorbereitet. Der neue Bundesinnenminister konnte diese Vorlagen übernehmen und nach nur geringfügigen Korrekturen auf den Weg bringen.

Die Großfeuerungsanlagen-Verordnung, die am 1. Juli 1983 in Kraft getreten ist und die für neue Kraftwerke ab 100 Megawatt Leistung eine Rauchgasentschwefelung vorschreibt⁷, schöpft nach Auffassung des DGB die bereits heute verfügbaren technischen Möglichkeiten zur Verminderung der Luftver-

⁷ Aus: „Umwelt“ - Informationen des Bundesministeriums des Innern zur Umweltplanung und zum Umweltschutz, Nr. 100 vom 14. Februar 1984, S. 1 7a siehe die Dokumentation des Beschlusses in diesem Heft

unreinigung zu wenig aus. Dennoch ist nicht geringzuschätzen, daß bis 1988 etwa 80 Prozent aller Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke mit Entschwefelungsanlagen nachgerüstet und ca. 20 Prozent stillgelegt sein werden. Nach Angaben des Bundesinnenministers wird bis dahin die Schwefeldioxidemission von 3,2 auf 1,6 Mio Tonnen pro Jahr halbiert.⁸ Für die Rettung des Waldes dürften allerdings die zu unscharfen Grenzwerte und die fünfjährige Übergangsfrist kaum einen substantiellen Beitrag leisten. Ähnliches gilt für die Novelle des zweiten Teils der TA „Luft“, die am 1. März 1983 in Kraft trat; diese Vorschrift hat zwar in begrüßenswerter Weise Emissionsgrenzwerte für eine Reihe von Stoffen gesenkt, aber für die wichtigsten Schadstoffe (u. a. Schwefeldioxid und Stickoxide) wurden sie beibehalten.

Ein wirklich entscheidender Beitrag zur Bekämpfung des Waldsterbens ist von der Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für bleifreies Benzin zu erwarten; nach hinhaltenden Widerständen hat sich der Bundesinnenminister nun auch dazu entschlossen. Ab 1. Januar 1986 sollen in der Bundesrepublik US-amerikanische Emissionswerte für Pkw-Abgase gelten. Der zur Zeit umweltfreundlichere Dieselmotor wird dann um etwa das Doppelte umweltbelastender sein als ein mit Katalysatortechnik ausgerüsteter Otto-Motor.

Inwieweit die Anstrengungen für europäische Lösungen des Luftverschmutzungs-Problems zu Erfolgen führen werden, läßt sich zur Zeit nur schwer beurteilen. Der Richtlinien-Entwurf der EG-Kommission zur Begrenzung der Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen⁹ ist auf die Kritik aller Bundestagsparteien gestoßen. Die SPD sieht die Gefahr einer Verschlechterung der in der Bundesrepublik gültigen Grenzwerte¹⁰, und ähnliche Bedenken wurden u. a. auch von der Landesvertretung Baden-Württembergs in einem Entschließungsentwurf für den Bundesrat¹¹ zum Ausdruck gebracht. Darüber hinaus ist die Bereitstellung von bleifreiem Benzin in unseren Nachbarstaaten - vor allem im EG-Raum - momentan noch außerordentlich fraglich. Und ob so wichtige Luftverschmutzer-Länder wie etwa die CSSR ökonomisch in der Lage sein werden, die erforderlichen Umweltinvestitionen vorzunehmen, muß nach heutigem Wissensstand ernsthaft bezweifelt werden.

Bei aller regierungsamtlichen Selbstgefälligkeit über das, was man tatsächlich oder auch nur vermeintlich auf den Weg gebracht haben mag -z.B. liegen amtliche Vorgaben für Pkw-Abgaswerte für den 1.1. 1986 immer noch nicht

8 Bundesinnenminister Zimmermann in der Plenardebatte des Deutschen Bundestages am 9. Februar 1984

9 Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie des Rates betreffend die Begrenzung der Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft, (KOM) 83, 704 endg. vom 19. Dezember 1983

10 Antrag der Fraktion der SPD „Frieden mit der Natur - Für eine umweltverträgliche Industriegesellschaft“, Bundestagsdrucksache 10/974 vom 8. Februar 1984, S. 6

11 Vorgelegt zur 439. Agraraussschußsitzung des Bundesrates in Bonn am 27./28. Februar 1984, vervielf.

vor -, ist insgesamt eher Skepsis über die möglichen Erfolge beim Kampf gegen das Waldsterben angebracht. Anstrengungen auf dem Gebiet der Resistenzzüchtung nach dem Motto: Welcher Baum verträgt das meiste Gift? oder die Kalkdüngung des Waldbodens muten in diesem Zusammenhang wie Verdrängungshandlungen oder Verlegenheitslösungen an, von denen mit Sicherheit keine Problembewältigung zu erwarten ist.

Erfolgversprechender dürfte der Einsatz eines Abgabe-Instrumentes sein, wie es von der SPD-Opposition im Bundestag gefordert wird. Danach sollen SO₂-Emissionen mit einer Abgabe belastet werden, um die Energieversorgungsunternehmen zur zügigeren Umrüstung ihrer Kraftwerke zu motivieren. Im Interesse der Walderhaltung sollte dieser Ansatz weiter verfolgt werden; er hat sich beim Abwasserabgabengesetz bewährt. Über die Beschäftigungseffekte der SO₂- Abgabe vor allem im Steinkohlebergbau müßte allerdings noch näher gesprochen werden.

Die Grenzen prinzipientreuer Umweltpolitik

Das Waldsterben hat wie kaum ein anderer Umweltskandal auch die Grenzen einer prinzipientreuen Umweltpolitik deutlich werden lassen.

Das oberste Gebot der Umweltschutzpolitik - die Vorsorge - hat im Falle der Waldvernichtung offenkundig versagt. Und auch der Rückgriff auf das Verursacherprinzip bei der Schadenregulierung - wer kommt für die Waldschäden im einzelnen auf? - ist wenigstens schwierig, wenn überhaupt realisierbar. Nur in den wenigsten Fällen wird ein Waldbauer in der Lage sein, den Verursacher seiner Schäden beim Namen zu nennen.

Ohne sichtbare Widerstände bleibt auch das Vorhaben der Waldbesitzer-Verbände, mit Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in geschädigten Waldgebieten durchzuführen und damit das Gemeinlastprinzip zu praktizieren.

Vor diesem Hintergrund mutet der Streit um den angemessenen Stellenwert des Verursacherprinzips bei der Kostenverteilung der Luftreinhaltepolitik nicht nur akademisch, sondern schon ein wenig gespenstisch an. Schwefelabgabe oder Waldpfennig, Verursacher oder Gemeinlastprinzip - das dürfen keine ideologischen Gegensätze bleiben. Vielmehr ist danach zu fragen, welchen Beitrag die praktische Anwendung dieser Prinzipien zum Kampf gegen das Waldsterben leisten kann und ob die Lastenverteilung auch unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten für die Arbeitnehmer vertretbar ist. Auch Abgabe-Regelungen belasten den Verbraucher - wenigstens in einer Übergangszeit.

Im notwendigen Eifer für verstärkte Maßnahmen zur Luftreinhaltung wird über die geradezu klassische Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung, die Einkommensinteressen der Arbeitnehmer zu verteidigen, kaum mehr gesprochen. So begrüßenswert es beispielsweise ist, mit der Einführung des bleifreien Benzins und den damit verbundenen höheren Anschaffungs- und Betriebskosten für einen Pkw die Luftbelastung durch den Straßenverkehr direkt und indirekt zu vermindern, so fragwürdig sind die negativen Verteilungswirkungen vor allem für die unteren Einkommensgruppen.

Diese Anmerkung ist vor allem ein Plädoyer für einen umfassenderen Ansatz der Umweltschutzpolitik, in dem auch soziale Komponenten berücksichtigt werden. Es geht nicht nur um die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder, sondern um die Akzeptanz von Umweltpolitik bei breiten Schichten der Bevölkerung. Die Wirkung moralisierender Appelle hat vorhersehbare Grenzen - vor allem dann, wenn mit diesen spürbare Senkungen des Realeinkommens verbunden sein sollten.

Gewerkschaftliches Handeln gegen die Luftverschmutzung

Die Gewerkschaften setzen zu Recht auf den Ausbau und die Intensivierung der staatlichen Umweltpolitik - mit ihren Geboten und Verboten. Aber darüber hinaus fordern sie staatliche Förderungsmaßnahmen für Investitionen, die einen Beitrag zur Bekämpfung des Waldsterbens leisten, um jene Spirale zu durchbrechen, die in der Aufeinanderfolge von quantitativem Wirtschaftswachstum und Umweltschutz-Reparaturen vor allem den Arbeitnehmern immer größere Lasten auferlegt.

Umweltfreundliches Wirtschaftswachstum sichert und schafft Arbeitsplätze. Diese Überlebensformel läßt sich offenkundig nicht oft genug wiederholen: „Nur umweltgerechte Arbeitsplätze sind wirklich zukunftssichere Arbeitsplätze, und nur eine Wirtschaftsordnung, die so gestaltet ist, daß sie ihre eigenen natürlichen Grundlagen erhält, ist sozial, ökologisch und ökonomisch vernünftig.“¹² Insofern werden wirtschaftspolitische Steuerungsinstrumente zur Belohnung umweltschonender Produktionsverfahren auch die Zustimmung der Gewerkschaften finden können. Diese Elemente gewerkschaftlicher Luftreinhaltungspolitik sind Beschlußlage und sozusagen Handlungsanleitung für die „große“ Politik. Sie werden - wenn auch im Detail gestritten werden mag - mittlerweile von allen Gewerkschaften im DGB getragen. Aber -so sei gefragt-kann das jene umweltpolitisch engagierten Gewerkschaftsmitglieder befriedigen, die im „Aktionsjahr 1984 gegen das Waldsterben“ der

12 Alois Pfeiffer in der Sitzung des 11. Umweltforums in Düsseldorf am 17. November 1983

Umweltschutzverbände nicht nur auf verabschiedete Beschlüsse verweisen möchten?

Gerade die Umweltpolitik lebt - wenn sie in der Praxis erfolgreich sein und etwas bewirken soll - nicht von Appellen an die politisch Verantwortlichen allein. Sie ist auf Aktivitäten vor Ort angewiesen, auf das engagierte Handeln jener, die z.B. das Waldsterben für sich sehr persönlich als Gewaltanwendung empfinden. Zugegeben: Viele erforderliche Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung sind technische Probleme; ihre Lösungen sind nicht per Volksabstimmung herbeiführbar. Aber sind andererseits beispielsweise die Instrumente der Mitbestimmung nicht ausbaufähige Ansatzpunkte für umweltpolitische Auseinandersetzungen vor Ort? Oder läßt sich der kommunalpolitische Einfluß der DGB-Kreise nicht für Aktivitäten zur Immissionsminderung nutzen?

Tatsächlich haben viele Kolleginnen und Kollegen vor Ort das Umweltschutzprogramm des DGB aus dem Jahre 1974 für sich nutzbar gemacht und umgesetzt. Eine Auswertung und Systematisierung dieser Erfahrungen für exemplarische Handlungsanleitungen wäre überaus hilfreich und würde den Anstrengungen der Gewerkschaften für die Sicherung des Waldes auch ein wenig mehr „Unterbau“ schaffen. Das entstandene Umweltbewußtsein sollte man nicht verkommen lassen; es garantiert mehr als viele Gesetze einen vernünftigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen dieser Welt. Ein Auto, das nicht gefahren wird, ist um immer noch 10 Prozent schadstoffärmer als ein mit Katalysatortechnik ausgerüstetes. Solche Chancen gilt es zu nutzen - auch um der Glaubwürdigkeit gewerkschaftlicher Umweltschutzpolitik willen.